

29.07.2019 – DPhV

Deutscher Philologenverband bei „Mondays for Matura“:

Kein Bundeszentralabitur – aber das „Skelett“ des Abiturs muss in jedem Bundesland gleich sein!

„Das Skelett des Abiturs muss für jeden Schüler und für jede Schülerin in jedem Bundesland gleich sein!“, fordert die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Das ist es bisher nicht! Mehr Vergleichbarkeit auf dem Weg zum Abitur und zwar durch dasselbe Skelett des Abiturs in jedem Land – das ist machbar und besser, als sich in Diskussionen über ein Bundeszentralabitur aufzuhalten.“

Der Deutsche Philologenverband fordert deshalb konsequentere Vereinbarungen in der Kultusministerkonferenz als bisher: Nicht jedes Bundesland wählt wie bisher, ob seine Schülerinnen und Schüler 32 Kursnoten in die Abiturwertung einbringen oder vielleicht 36 oder maximal 40, sondern: Exakt 40 Kursnoten aus der gesamten gymnasialen Oberstufe müssen in jedem Land in die Abiturwertung eingebracht werden! Das ist die Forderung des Deutschen Philologenverbandes.

„Das ist wahrhaftig nicht zu viel angesichts von fast 55 möglichen Kursen und bedeutet hier ein konkretes Ende von Beliebigkeit und Ungleichheit! Denn die Abiturnote besteht zu fast 70 Prozent aus genau diesen Kursnoten, die die Schülerinnen und Schüler aus der gymnasialen Oberstufe in die Abiturwertung einbringen. Es ist für die Vergleichbarkeit des höchsten Schulabschlusses wichtig, dass dieser Hauptteil des Abitur-Skeletts in allen Ländern gleich ist!“ führt Lin-Klitzing aus. Nur ca. 30 Prozent der Abiturnote besteht aus den Abschlussnoten der Abiturprüfungen.

Ungleichheit und Ungerechtigkeit beginnen aber nach Meinung der DPhV-Bundesvorsitzenden schon viel früher: Ginge es Eltern und Politikern wirklich um Bildungsgerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zum Abitur, dann müssten sie dem „G6“ in Berlin, Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern endlich ein Ende setzen, denn alle anderen Schülerinnen und Schüler im gesamten Bundesgebiet haben mindestens acht Jahre Zeit, sich nach der Grundschule auf den höchsten Schulabschluss Abitur vorzubereiten.

„Bildungsgerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern heißt: Geben Sie ihnen (mindestens) acht Jahre Gymnasialzeit, in jedem Falle jedoch für die gleichen Voraussetzungen die gleichen Stundenzahlen: in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen 35 Wochenstunden – aber kein Bundeszentralabitur, das sie noch stärker benachteiligen würde!“ fordert Lin-Klitzing. Mecklenburg-Vorpommern und Berlin weisen kontinuierlich höchste und hohe Durchfallquoten beim Abitur auf. „Um unserer Schülerinnen und Schüler willen: Wir brauchen mehr Vergleichbarkeit jetzt!“, so Susanne Lin-Klitzing.

Deshalb stellt der Deutsche Philologenverband an die Kultusministerkonferenz montags in der Sommerzeit konkret umsetzbare Forderungen nach mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau als bisher.

Berlin, 29.07.2019

Eva Hertzfeldt

Pressesprecherin

Deutscher Philologenverband